

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einführung	17
Kapitel 1: Die staatsrechtlichen Grundbegriffe	21
A. Die Idee einer Verfassung	22
I. Verfassung als Gesellschaftsvertrag	23
II. Verfassung als Grundordnung des Staates	25
B. Die Entwicklung der Lehre von der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes	27
I. Lehre von der verfassungsgebende Gewalt des Volkes nach Sieyès	28
II. Demokratische Lehre von der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes	31
III. Mögliche Vorgaben für den „pouvoir constituant“	32
1. Verfassungsbegriff und seine Bindungswirkungen für den Verfassungsgeber	33
2. Völkerrecht als Schranke für den Verfassungsgeber	34
3. Naturrechtliche Vorgaben für den Verfassungsgeber	36
4. Bindungen an früheres Verfassungsrecht	36
C. Abgrenzung zum „pouvoir constituant“	37
I. Verfassungsgebung und Verfassungsänderung	37
II. Das Zwischenglied des „pouvoir constituant constitué“	38
III. Verfassungsgebung im Gegensatz zu Verfassungswandel und Verfassungsrevision	39
D. Aktualisierung der verfassungsgebenden Gewalt in einer Revolution	40
I. Juristischen Revolutionstheorien	42
II. Die Revolution als ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel	43
III. Die Revolution als gewaltsamer Wandel	44
IV. Der Übergang bzw. die „schleichende Revolution“	44
E. Verfassungslegitimität und Verfassungskonsens	46
I. Bedeutung der Lehre von der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes für die Legitimität einer Verfassung	48

II. Die Repräsentation des Volkes bei der Ausübung der verfassungsgebenden Gewalt	49
1. Legitimation der Verfassung durch Einstimmigkeit	49
2. Legitimation der Verfassung durch Konsens	49
III. Die juristische Bedeutung der Legitimation	50
F. Verfassungskonsens	50
G. Zwischenergebnis	51
 Kapitel 2: Die südafrikanische Verfassungsgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes	 53
A. Die Kolonialzeit	54
I. Die Kapkolonie	54
II. Natal	56
III. Der Oranje Freistaat und Transvaal	57
B. Die Verfassung von 1909 und die verfassungsrechtliche Entwicklung bis zum Jahre 1961	57
I. Die Ausarbeitung der Verfassung von 1909	58
II. Die Entwicklung des Wahlrechts der „nicht-weißen“ Bevölkerung nach 1909	60
C. Die Verfassung von 1961	63
D. Die Verfassung von 1983	63
I. Die verfassungsrechtlichen Änderungsvorschläge in den 80er Jahren	64
II. Ein Überblick über den Inhalt der Verfassung von 1983	65
III. Die Bewertung der Verfassungsreform von 1983	66
IV. Die Legitimität der Verfassung aus der Sicht der Völkerrechtsgemeinschaft	67
E. Zwischenergebnis	68
 Kapitel 3: Die neuere südafrikanische Verfassungsentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes	 71
A. Die Aktualisierung der verfassungsgebenden Gewalt zu Beginn der 90er Jahre - die verhandelte „Revolution“	72
I. Zeitlicher Rahmen	74
1. Die Vorverhandlungen über Verhandlungen	77

a) Die Zukunftsvorstellungen des ANC	78
b) Die Vorstellungen der Regierung / National Party	79
c) Die Zukunftsvorstellungen der anderen Parteien	81
2. Die politischen Entwicklungen zwischen 1990 und 1992: Annäherung derehemaligen Gegner und Zusammenbruch des Apartheidregimes	82
a) Die „Groote Schuur Minute vom 4. Mai 1990“	83
b) Die „Pretoria Minute vom 6. August 1990“	84
c) Der „National Peace Accord vom 14. September 1991“	85
d) Die „Convention for a Democratic South Africa“	86
(1) Die „Declaration of Intent“	88
(2) Die Ziele der CODESA	89
(3) Die Struktur der CODESA	89
(4) Die Gründe für das Scheitern der CODESA	90
II. Die Entwicklung zur „Revolution“?	91
1. Die partielle Verlagerung der Revolution an den Verhandlungstisch	93
2. Der „Multi Party Negotiation Process“: Die Diskussionen um die Übergangsverfassung	94
a) Die Struktur des MPNP	94
b) Verhandlungsergebnisse: Die Verfassung von 1993	95
3. Die wesentlichen Merkmale der Übergangsverfassung	97
a) Die Einführung des Rechtsstaatsprinzips	97
b) „Quasi-Föderalismus“	98
III. Die Bewertung der Entwicklung: Wahrung der Form und Wechsel des Gehalts	99
1. Die Ziele der „legalen“ Revolution	100
2. Die Folgen der „legalen“ Revolution	101
3. Verfassungsänderung oder Verfassungsgebung?	103
B. Die verfassungsgebende Versammlung oder der MPNP als Ausübung der verfassungsgebende Gewalt des Volkes ?	103
I. Die verfassungsgebende Gewalt des Volkes aus der Sicht des MPNP	104
1. Die Besonderheit des Verfahrens	104
a) Überblick über den Inhalt der „ Constitutional Principles “	105
b) Die Implementierung der Verfassung	107
2. Maßnahmen des Übergangs	108
II. Die verfassungsgebende Gewalt des Volkes in der „Übergangsverfassung“	109
1. Die Präambel der Übergangsverfassung	109

2. Der Abschnitt über „National Unity und Reconciliation“, die Postambel	110
III. Zwischenergebnis	111
C. Die Vorbereitung und die Ausarbeitung der endgültigen Verfassung	112
I. Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung	112
II. Die Arbeitsstruktur der Verfassungsgebenden Versammlung	113
III. Die verfassungsgebende Gewalt in der endgültigen Verfassung	113
1. Die Präambel	114
2. Bezüge zur „Übergangsverfassung“	115
D. Die Zertifizierung durch das Verfassungsgericht	115
I. Die Aufgabe und Kompetenz des Verfassungsgerichts	116
II. Die Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 6. September 1996	118
III. Die erneute Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 4. Dezember 1996	119
IV. Die Neuerungen des Verfassungstextes	120
E. Die Bewertung des Verfahrens zur Ausarbeitung der endgültigen Verfassung: Die Legitimität der endgültigen Verfassung	122
I. Die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung als nachträgliche Legitimation ?	123
II. Die Ausarbeitung der Endgültigen Verfassung durch die verfassungsgebende Versammlung als Betätigung des „pouvoir constituant“ ?	124
III. Die Zertifizierung durch das Verfassungsgericht als die Betätigung des „pouvoir constituant“ ?	124
Kapitel 4: Die endgültige Verfassung	127
A. Verfassungsgestaltende Grundentscheidungen	129
I. Geltung der Verfassung	130
1. Primat des Verfassungsrechts	130
2. Verfassungsänderung	131
3. Staatsnotstand	134
II. Demokratieprinzip	135
III. Rechtsstaatsprinzip	138
1. Struktur und grundsätzliche Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips	139
2. Gewaltenteilung	140
IV. Der Grundrechtskatalog	142
1. Grundrechtsschutz	142

a) Das Recht auf Eigentum_____	142
b) Grundrechte der „ zweiten und dritten Generation “_____	145
c) Minderheitenschutz_____	146
(1) Ablehnung einer Minderheitenschutzklausel vor dem Hintergrund der Apartheitsvergangenheit_____	147
(2) Die konkrete Ausgestaltung des Minderheitenschutzes_____	147
d) Gleichheitssatz_____	148
2. Einschränkung der Grundrechte_____	148
V. Staatsaufbau_____	150
1. Gesetzgebungskompetenzen auf nationaler und Provinzebene_____	150
a) Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen_____	151
b) Das Gesetzgebungsverfahren_____	153
c) Bewertung_____	153
2. „Co-operative Government“_____	154
3. Die Exekutive_____	155
4. Die Judikative_____	156
5. Die Finanzverfassung_____	158
6. Die Kommunalverwaltung_____	159
B. Bewertung_____	161
Zusammenfassung und Ausblick_____	163
Anhang: Constitutional Principles_____	167
Literaturverzeichnis_____	173